

STUTTGARTER NACHRICHTEN

Bobic und der nächste

dem VfB droht **Fehlstart**

Nummer 190 · 34. Woche · 69. Jahrgang · S

Dienstag, 19. August 2014

www.stuttgarter-nachrichten.de · € 1,50 · E 4063

Stuttgart Flair

Eine schwäbische Tüftlerin erfindet die perfekte Welle

▶ Seite 18

Panorama

Tierrechtler fordern das Verbot exotischer Tiere im Zirkus

► Seite 6

Wissenswert

Wer erbt was? Klare Regelungen vor dem Tod verhindern Streit

▶ Seite 24

Sport



Dagur Sigurdsson, neuer Handball-Bundestrainer. im Interview: "Gewinnen kann man lernen"

▶ Seite 21

KINDER-NACHRICHTEN

Ganz ohne Gestank: In Weimar gibt's ein Restaurant aus Müll

► Seite 4

Inhalt

Politik	2 - 4
Landesnachrichten	5
Panorama	6
Wirtschaft	7 – 9
Fernsehprogramm	10
Kultur	10 – 11
Unsere Leser und wir	12
Stuttgart und Region	13 – 18
Impressum	16
Sport	19 – 21
Gewinnquoten	21
Familienseite	22
Veranstaltungen	23
Notdienste	23
Wissenswert	24

Wetter



Mittags 21° Nachts 9° Teils freundlich, teils dichtere Wolken

► Seite 16

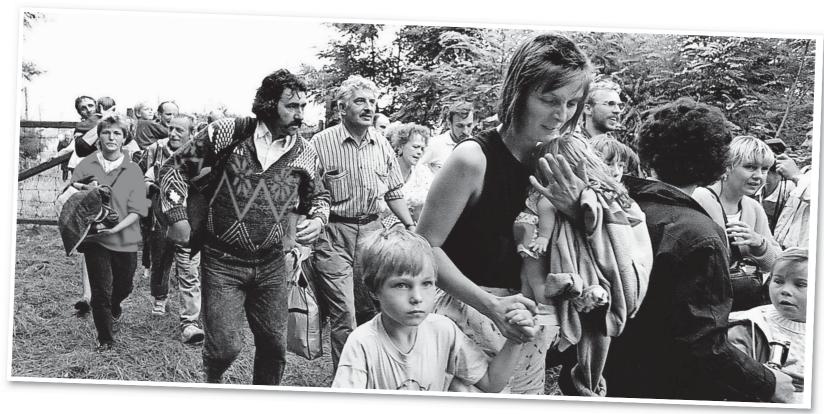
Kontakt

Redaktion: Leserservice (Abo):

07 11 / 72 05 - 0 07 11 / 72 05 - 61 61



Picknick für die Freiheit



Gut 650 DDR-Bürger durchbrachen am 19. August 1989 an der Grenze von Ungarn zu Österreich in der Nähe des Neusiedler Sees einen kleinen Übergang. Ein historisches Ereignis: Die Massenflucht beim Paneuropäischen Picknick setzte vor 25 Jahren eine Kettenreaktion in Gang, an deren Ende es die DDR nicht mehr gab. Wir haben mit Beteiligten Foto: dpa gesprochen.

Baden-Württemberg gehen die Bauingenieure aus

Exklusiv Regierungspräsident: Keine Bewerbungen für offene Stellen bei Straßenbauverwaltung

Als Konsequenz aus nicht abgerufenen Mitteln des Bundes für den Straßenbau hat die Landesregierung die Stellenzahl in der Straßenbauverwaltung erhöht. Dort ergibt sich jetzt ein neues Problem: Es finden sich keine Bauingenieure.

VON JAN SELLNER

STUTTGART. Der Präsident des Regierungsbezirks Stuttgart, Johannes Schmalzl, warnt vor Personalengpässen in der Straßenbauverwaltung und darüber hinaus. "Es besteht eine grundsätzliche Schwierigkeit, im technischen Dienst, qualifiziertes Personal, zu bekommen und zu halten", sagte der Chef

der größten Landesbehörde im Interview mit unserer Zeitung. In Zeiten boomender Konjunktur sei es für den Staat außerordentlich schwierig, Nachwuchs zu gewinnen. Wer einen Platz in einem privaten Büro angeboten bekomme, gehe nicht zum Staat. "Bei uns ist der Frust groß: Wir machen eine Ausschreibung, und keiner bewirbt sich."

Das Problem betrifft indes auch die Wirtschaft. Daniel Sander, Hauptgeschäftsführer der baden-württembergischen Ingenieurkammer, bezifferte die Zahl der fehlenden Bauingenieure im Gespräch mit unserer Zeitung auf knapp 3000. Insgesamt fehlten im Land aktuell rund 20 000 Ingenieure aller Fachrichtungen. Seine Prognose: "Es wird nicht besser werden." Die Pensionierungswelle verschärfe das Problem noch. Sander

erklärte, eine Beschäftigung beim Staat sei durch die Aussicht auf den Beamtenstatus immer noch attraktiv. Allerdings habe die Attraktivität durch die Absenkung der Eingangsbesoldung zuletzt abgenommen.

Als Maßnahme gegen den Fachkräftemangel startet die Ingenieurkammer als bundesweit erste ein Anwerbeprogramm im Libanon und in Ägypten. In Kooperation mit der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen sollen jährlich 100 libanesische Ingenieure nach Baden-Württemberg vermittelt werden. Weitere 50 ausgebildete Ingenieure werden jährlich aus der Zusammenarbeit mit der German University in Kairo erwartet.

- ▶ Kommentar
- ► Landesnachrichten Seite 5

Genossenschaften klagen über **Energie-Gesetz**

STUTTGART (agu). Die Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes bremst Genossenschaften in Baden-Württemberg aus. "Es gibt sogar Energiegenossenschaften, die in ihrer Wirtschaftlichkeit gefährdet sind", sagte Roman Glaser, Präsident des Baden-Württembergischen Genossenschaftsverbands, unserer Zeitung. Im Land gibt es 146 Energiegenossenschaften. "Derzeit überprüfen alle ihr Geschäftsmodell", so Glaser. "Bisher galt Freiheit in der Stromvermarktung." Genossenschaften hätten innovative Modelle zur lokalen Vermarktung entwickelt. "Mit der EEG-Reform wird diese Freiheit jedoch aufgehoben." Nun bestehe die Pflicht zur Direktvermarktung, und die Vermarktung des Stroms sei nur noch über wenige bundesweite Händler möglich. ► Wirtschaft Seite 7

Allenfalls befriedigend

In Göttingen regt sich Widerstand gegen ein Denkmal, das an den 2006 verstorbenen Satiriker Robert Gernhardt erinnern soll. Gernhardt ist in der niedersächsischen Universitätsstadt zur Schule gegangen. Die bronzene Skulptur zeigt einen Bären, der sich in eindeutiger Absicht zwischen die Beine fasst. Dafür gibt es von Kritikern allenfalls die Note "befriedigend". Sie vermissen eine tiefergehende Botschaft, die für die Befürworter auf der Hand liegt: Das Werk sei eine Kritik an der Ich-Bezogenheit. Die Befürworter schauen

sich nun nach Alternativen um. Angeblich haben bereits andere Städte Interesse an der Skulptur signalisiert. Vielleicht mopst ja Stuttgart den Bären. Dort hat Gernhardt eine Zeit lang studiert. (rai)

Rassenunruhen: **Gouverneur fordert** Nationalgarde an

ST. LOUIS (dpa). Nach neuen Unruhen wegen des Tods eines schwarzen Teenagers in Ferguson hat der Gouverneur des US-Staates Missouri jetzt die Nationalgarde zu Hilfe gerufen. Die Soldaten sollten der Polizei helfen, "Ruhe und Ordnung wiederherzustellen", sagte Jay Nixon.

Ein weißer Polizist hatte vor zehn Tagen den 18-jährigen Michael Brown erschossen, obwohl dieser unbewaffnet war und die Hände hochgehalten haben soll. Dem Obduktionsbericht zufolge wurde Brown von sechs Kugeln getroffen, zwei davon trafen seinen Kopf.

Angeheizt wurde die Lage von Beginn an durch das massive Auftreten der örtlichen Polizei mit Beamten in Schutzanzügen und gepanzerten Fahrzeugen.

Kommentar

Brückenbauer

Die Ingenieurkammer bemüht sich um Fachkräfte aus Nahost

VON JAN SELLNER

Nordafrika, der Nahe Osten - man wendet sich mit Grausen, den Kopf voller negativer Bilder, hervorgerufen durch Krieg und Gewalt aus der zutiefst erschütterten Region. Da ist es wichtig, den Blick auch einmal auf Entwicklungen zu richten, die in eine positive Richtung weisen, bei denen es um Aufbau und um eine hoffentlich gute Zukunft geht. Dazu zählen die Bemühungen der badenwürttembergischen Ingenieurkammer, Fachkräfte aus Ägypten und dem Libanon für den hiesigen Arbeitsmarkt zu gewinnen. Eine Fußnote nur. Dennoch verdient sie Beachtung

Sie enthält immerhin die Ankündigung, dass die Ingenieurkammer in Kürze eine Partnerschaft mit der German University in Kairo starten wird, in der Absicht, jährlich rund 50 muttersprachlich geschulte Ingenieure nach Baden-Württemberg zu bringen. Parallel dazu bemüht sich die Kammer um jährlich 100 Ingenieure aus dem Libanon, die ebenfalls im Ruf stehen, hoch qualifiziert zu sein, in den kommenden Monaten jedoch erst Deutsch lernen müssen. Auch nach Jordanien gibt es erste Kontakte.

Natürlich geschieht dies nicht als sozialer Dienst am Nahen Osten. Die Ingenieurkammer hat in erster Linie den deutschen Arbeitsmarkt im Blick, auf dem Ingenieure händeringend gesucht werden - sogar in der Landesverwaltung, wo es besonders an Bauingenieuren fehlt. Gleichzeitig dürften aber auch die von hoher Arbeitslosigkeit gekennzeichneten Herkunftsländer vom Auslandsengagement der jungen Fachkräfte profitieren. Geld und Know-how fließen häufig zurück. Ingenieure können auch in dieser Hinsicht gute Brückenbauer sein.

j.sellner@stn.zgs.de

Altersarmut nimmt in Stuttgart zu

4,3 Prozent aller Senioren in der Landeshauptstadt können mit dem eigenen Einkommen ihren Lebensunterhalt nicht mehr sichern

Von Martin Haar

STUTTGART. 4647 Stuttgartern reicht ihre schmale Rente nicht mehr zum Leben. Immer mehr sind auf Unterstützung angewiesen, auf Hilfe zum Lebensunterhalt beziehungsweise Grundsicherung im Alter. Nach Angaben des Statistischen Amts der Stadt waren es im Jahr 2012 noch 4267 Hilfe-Empfänger, 2013 stieg die Zahl auf 4535, und bis zum Mai 2014 waren es 4647 Stuttgarter. "Das heißt, im April 2014 reichte für 4,3 Pro-

zent der Stuttgarter Senioren das eigene Einkommen nicht zur Sicherung des Lebensunterhalts", sagt Thomas Schwarz, Leiter des Statistischen Amts der Stadt.

Der erkennbare Trend bereitet auch Gabriele Reichhardt vom Sozialamt zunehmend Sorgen: "Viele wissenschaftliche Untersuchungen weisen darauf hin, dass in Zukunft bundesweit mit einem Anstieg der Altersarmut zu rechnen ist." Ein Blick in die Biografien dieser Menschen zeigt: Der soziale Abstieg kann viele treffen. Selbst Menschen, die ihr Leben lang gearbeitet haben. Die Bundesregierung hat nachgerechnet: Ein Durchschnittsverdiener muss 32,5 Jahre Beiträge zahlen, damit seine Rente überhaupt das Grundsicherungsniveau erreicht.

Eine 68-Jährige aus Stuttgart gehört zu ihnen, sie lebt von der Hand in den Mund. "Zuletzt hatte ich kurz vor Monatsende nur noch sechs Cent im Geldbeutel, aber mein Magen knurrte", erklärt sie. Vom örtlichen Pfarrer bekam sie schließlich etwas zu essen. Almosen mag sie jedoch nicht: "Ich bin kein

Mensch, der betteln geht." Auch der Tafelladen in der Hauptstätter Straße, in dem sozial schwache Menschen günstig Lebensmittel einkaufen können, sei tabu. Es ist die Scham, die sie abhält. Sie lebt von 263,55 Euro Rente und 97,45 Euro Grundsicherung. Obwohl das Wohngeld (440 Euro, 70 Euro Nebenkosten) für ihre Zweizimmerwohnung am Rand von Stuttgart das Sozialamt übernimmt, meint sie: "Sogar Asylanten bekommen mehr vom Staat."

► Stuttgart und Region Seite 13